Schriften zum geistigen Eigentum und zum Wettbewerbsrecht

126

Jonathan Jung

Werbeblocker im Internet

Eine Beurteilung nach dem Urheber- und Lauterkeitsrecht, zugleich ein Beitrag zum Begriff des Mitbewerbers im Lauterkeitsrecht



Nomos

Schriften zum geistigen Eigentum
und zum Wettbewerbsrecht Herausgegeben von
Prof. Dr. Christian Berger, Universität Leipzig Prof. Dr. Horst-Peter Götting, Techn. Universität Dresden
Band 126

Jonathan Jung
Werbeblocker im Internet
Cino Dougtoilus a poch doug Hybob og und
Eine Beurteilung nach dem Urheber- und Lauterkeitsrecht, zugleich ein Beitrag zum Begriff des Mitbewerbers im Lauterkeitsrecht
Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Zugl.: Potsdam, Univ., Diss., 2021

1. Auflage 2021

© Jonathan Jung

Publiziert von Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden www.nomos.de

Gesamtherstellung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8224-6 ISBN (ePDF): 978-3-7489-2646-7

DOI: https://doi.org/10.5771/9783748926467



Onlineversion Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizensiert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-8224-6

Meiner Familie

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-8224-6

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist während meiner Tätigkeit als Akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl von Frau Professorin Dr. Dorothea Assmann entstanden. Im Juni 2020 habe ich das Werk als Dissertation an der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam eingereicht. Rechtsprechung und Literatur konnten bis zu diesem Datum berücksichtigt werden.

Ich möchte mich zuerst bei Herrn Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), für die gute Betreuung, dass ich mich jederzeit mit Fragen an ihn wenden konnte, und die schnelle Erstellung des Erstgutachtens bedanken. Frau Professorin Dr. Dorothea Assmann gebührt mein Dank – neben dem für die schnelle Zweitbegutachtung – ganz besonders für die Zeit an ihrem Lehrstuhl. Ihr sei insbesondere für die sehr angenehme Zusammenarbeit, die vielen fachlichen Diskussionen und dem Begegnen auf Augenhöhe herzlich gedankt. Ein solcher Dank gilt ebenso meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, die die Arbeit am Lehrstuhl mit – zumeist – fachlichen Gesprächen, viel gegenseitiger Hilfe und noch mehr Kaffee bereichert haben.

Herzlich sei auch den tapferen Probelesern Adrian Jung, Andreas Jung, Anja Meier-Hoffmann, Denise Herzmann, Elisabeth Meurer, Jan Ole Flindt, Johannes Schroth, Michael Meier, Philippe Klein, Pirmin E. Schreiner, Tim Nordemann und Yannick Diehl gedankt. Außerdem danke ich der Potsdam Graduate School für die großzügige finanzielle Unterstützung bei der Veröffentlichung.

Ganz besonders herzlich sei auch meiner Frau Antonia gedankt, die mich jederzeit bei der Promotion unterstützt hat. Ihr, meinem Bruder Adrian und meinen Eltern gebührt großer Dank, dass ich mich in jeder Lage auf sie verlassen konnte und sie mit ihrer Unterstützung die Arbeit ermöglicht haben. Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Freunden, die mich mit gemeinsamen Abenden vom Arbeiten abgehalten und so meine geistige Gesundheit gesichert haben.

Potsdam, im April 2021

Jonathan Jung

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-8224-6

Inhaltsübersicht

Abk	kürzungsverzeichnis		
Einl	nleitung		
1. Te	eil: Einführung – Werbung im Internet und ihre Blockierung	32	
§ 1	Tatsächliche Grundlagen	32	
§ 2	Rechtliche Problemstellung und Gang der Untersuchung	63	
2. Te	eil: Rechtliche Beurteilung des Blocklistings	65	
§ 3	Urheberrecht	65	
§ 4	Lauterkeitsrecht	92	
3. Te	eil: Rechtliche Beurteilung des Allowlistings	308	
§ 5	Blocklisting zum Zwecke des Allowlistings	308	
§ 6	Angebot einer Allowlisting-Vereinbarung	337	
§ 7	Fortführung des Allowlistings – Ersetzen der Werbung	340	
4. Te	eil: Alternativen der Webseitenbetreiber	350	
8 8	Aussperrung	350	
§ 9	Umgehung des Werbeblockers	384	
§ 10	Hinweise und andere Eigenwerbung	398	
§ 11	Vertragliche Verpflichtung zum Empfang der Werbung	402	
§ 12	Zusammenfassung zu den Handlungsalternativen	424	
5. Te	eil: Ergebnisse und Fazit	426	
§ 13	Ergebnisse	426	
§ 14	Fazit	451	
Lite	raturverzeichnis	455	

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-8224-6

Abkürzungsverzeichnis	25
Einleitung	29
1. Teil: Einführung – Werbung im Internet und ihre Blockierung	32
31 Tatsächliche Grundlagen	32
A. Interessenlage	33
I. Interessen der Webseitenbetreiber	33
II. Interessen der Werbetreibenden	34
III. Interessen der Nutzer	35
IV. Werbeblockerbetreiber	37
B. Online-Werbung und deren Blockierung	37
I. Vergütungsformen	37
II. Werbeformen	38
1. Größe und Position	38
2. Inhalt der Werbung	39
3. Pop-ups und Pop-under	40
4. In-Text-Werbung	40
5. Im Zusammenhang mit Videos	40
III. Technische Einbindung der Werbung	41
1. Aufruf einer Internetseite	41
2. Einbindung der Werbung	44
3. Inhaltliche Anpassung an den Kunden – Targetir	ng 46
IV. Werbeblocker - reines Blocklisting	48
 Nichtladen der Werbung 	49
2. Element Hiding	50
3. Filterregeln	50
V. Finanzierung von Werbeblocker-Unternehmen	51
 Klassische Finanzierungsmodelle 	52
2. Allowlist-Modell	52
3. Ersetzen der Werbung	54
a) Ad Injections	55
b) Brave	56
VI. Verbreitung und Auswirkungen auf die	
Webseitenbetreiber	56

	VII. Gegenmaßnahmen der Webseitenbetreiber	57
	1. Erkennung	58
	2. Aussperrung	58
	3. Hinweis	60
	4. Paywall	60
	5. Umgehung des Werbeblockers	61
	6. Eintragen auf Allowlist	62
§ 2	Rechtliche Problemstellung und Gang der Untersuchung	63
2. T	eil: Rechtliche Beurteilung des Blocklistings	65
§ 3	Urheberrecht	65
	A. Merkmale einer Webseite mit Werbung	65
	B. Verletzungen durch die Nutzer von Werbeblockern	66
	I. Schutz der einzelnen Elemente	66
	1. Vorliegen eines Schutzgegenstands	66
	2. Eingriff in das Vervielfältigungsrecht des § 16 UrhG	67
	a) Vervielfältigung(en)	67
	b) Zulässigkeit nach § 44a Nr. 2 UrhG	69
	aa) Grundsätzliches	69
	bb) Rechtmäßige Nutzung	69
	(1) Maßstab für die Bestimmung des	
	Willens des Rechtsinhabers	70
	(a) EuGH	71
	(b) Deutsches Recht	74
	(c) Zusammenfassung und Beurteilung	78
	(2) Anwendung auf Werbeblocker	82
	c) Ergebnis	84
	3. Eingriff in das Bearbeitungsrecht	84
	4. Sonstige Schutzobjekte	84
	5. Ergebnis	85
	II. Schutz der Webseite als Gesamtwerk	86
	 Übernahme der Ausführungen zum 	
	Vervielfältigungsrecht	86
	2. Schutz der angezeigten Gestaltung	86
	a) Kein Vorliegen eines Werkes	87
	b) Kein Verstoß gegen ein Verwertungsrecht	88
	3. Schutz des zugrunde liegenden HTML-Codes	89
	a) Schutz als Computerprogramm	89
	h) Datenbank(werk)	90

	III. Ergebnis	90
	C. Verletzungen durch die Anbieter von Werbeblockern	91
	D. Ergebnis zum Urheberrecht	92
§ 4	Lauterkeitsrecht	92
	A. Geschäftliche Handlung	93
	I. Eignung zur Beeinflussung einer geschäftlichen	
	Entscheidung	94
	II. Anwendung auf Werbeblocker in der Rechtsprechung	
	und Literatur	98
	III. Bewertung	100
	1. Infrage kommende Entscheidungen	101
	2. Entscheidung der Nutzer in Bezug auf die	
	Verwendung des Werbeblockers	103
	a) Unentgeltlichkeit	108
	b) Lediglich faktisches Austauschverhältnis	112
	c) Hilfsweise: gebotene weite Auslegung	113
	3. Ergebnis	115
	IV. Ergebnis	115
	B. Mitbewerber gem. § 2 Abs. 1 Nr. 3 UWG	116
	I. Abstrakte Darstellung der Mitbewerberbegriffe	117
	 Enger Mitbewerberbegriff 	118
	2. Weiter Mitbewerberbegriff	119
	II. Hier zugrunde liegendes Verständnis	123
	1. Ausgangspunkt: zwei sich gegenüberstehende	
	geschäftliche Handlungen	123
	2. Konsequente Fokussierung auf die geschäftliche	
	Entscheidung	124
	3. Anwendung auf den Mitbewerberbegriff	126
	a) Enger Mitbewerberbegriff	126
	b) Weiter Mitbewerberbegriff	131
	aa) Übertragung auf den weiten	
	Mitbewerberbegriff	131
	bb) Verhältnis zum engen Mitbewerberbegriff	135
	cc) Erläuterung an Fallbeispielen	136
	III. Anwendung auf Werbeblocker	140
	Bisherige Anwendung auf Werbeblocker	140
	a) Kostenpflichtige Werbeblocker	140
	b) (Allowlistende) Internetwerbeblocker	142
	c) Weitere vergleichbare Fälle	144

2	. Bewertung und eigene Ansicht	144
	a) Geschäftliche Handlung des	
	Webseitenbetreibers	145
	b) Wettbewerb auf dem Bezugsmarkt	146
	c) Wettbewerb auf dem Absatzmarkt	149
	aa) Enger Mitbewerberbegriff	149
	bb) Weiter Mitbewerbergriff	150
	(1) Entscheidung der Nutzer über Bezug	
	der Inhalte	151
	(2) Entscheidung der Nutzer über den	
	Absatz der Aufmerksamkeit	151
	(3) Entscheidung der Werbetreibenden	152
	d) Situation beim kostenlosen Allowlisting	
	gegenüber kleineren Webseiten	152
IV. E	rgebnisse	153
	. Mitbewerberbegriff	154
	. Anwendung auf Werbeblocker	155
C. §§ 4 N	r. 4, 3 Abs. 1 UWG	156
	hese	156
	Verbeblockersperren sind erlaubt	159
	. Anwendbarkeit der DS-GVO	160
2	. Verweis auf die ePrivacy-RL	164
	a) Erfassung von Art. 5 Abs. 3 ePrivacy-RL	165
	b) Begründung von Pflichten	167
	aa) Anforderungen des Art. 5 Abs. 3	
	ePrivacy-RL	167
	(1) Kein Erlaubnistatbestand	168
	(2) Einwilligung	168
	(3) Koppelungsverbot	169
	(4) Informationserfordernis	173
	(5) Ergebnis zur Vorgabe der Richtlinie	173
	bb) Deutsche Umsetzung	174
	(1) Pseudonymisierung – § 15 Abs. 3 TMG	174
	(2) Keine Pseudonymisierung – § 12 Abs. 1	
	TMG	176
	c) Ergebnis zur Anwendung der ePrivacy-RL	176
3	. Anwendung der allgemeinen Regelungen der	
	DS-GVO	177
	. ePrivacy-Verordnung	181
5	. Ergebnis	182

III.	Schutz o	ler Werbeblockersperren	183
	1. Funk	ttionsweise einer Sperre	184
	2. Rech	t der öffentlichen Zugänglichmachung, § 19a	
	UrhC	j	185
	a) V	erhältnis zum Recht der öffentlichen	
	W	iedergabe	186
	b) G	rundlegendes Verständnis der öffentlichen	
	\mathbf{Z}	ugänglichmachung	189
	aa) Konzeption des EuGH	189
	bl	o) Kritik am Verständnis des EuGH	190
		(1) BGH	190
		(2) Literatur	191
	cc) Hier zugrunde liegendes Verständnis	192
	c) D	ie Handlung der Zugänglichmachung	193
	aa) Begriffsbestimmung	193
		(1) Verständnis des EuGH	193
		(2) Rezeption in Deutschland und	
		Versuche der Konkretisierung	195
		(a) Anforderungen an das Verhalten	196
		(b) "[I]n voller Kenntnis der Folgen	
		seines Verhaltens"	196
		(3) Hier zugrunde liegendes Verständnis	197
		(a) Anforderungen an das Verhalten	197
		(b) "[I]n voller Kenntnis der Folgen	
		seines Verhaltens"	198
		(4) Voraussetzungen einer aktiven Rolle	200
		(5) Ergebnis der Anforderungen an die	
		Handlung der Zugänglichmachung	203
	bl	o) Anwendung auf Werbeblocker	203
		(1) Eröffnen des Zugangs	204
		(2) Verhalten – aktive Rolle	205
		(a) Eigener, umgehender Code	206
		(b) Fremder, automatisch	
		implementierter Code zur	
		Umgehung	206
	cc) Ergebnis zur Handlung der	
		Zugänglichmachung	207
		ffentlichkeit der Zugänglichmachung	207
	aa) Größe des Publikums	208

	bb)	Vom Rechtsinhaber intendiertes und neues	
		Publikum	208
		(1) Anforderungen an eine technische	
		Beschränkung	209
		(a) Umfassende Konditionalisierung	
		möglich	209
		(b) Vergleich mit § 95a UrhG	211
		(c) Adressat der technischen	
		Beschränkung	214
		(d) Maßstäbe für die Auslegung	214
		(e) Ergebnis	217
		(2) Anwendung auf Werbeblockersperren	217
		(a) Vergleich mit dem Deaktivieren	
		von JavaScript	218
		(b) Keine Täuschung des Prüfcodes	219
		(c) Trennung von Prüfung und	
		Reaktion	220
		(d) Zugang zum Quelltext	220
		(3) Ergebnis	221
	cc)	Verletzung von Prüfpflichten	221
		(1) Anhaltspunkte für die erforderliche	
		Abwägung zur Bestimmung der	
		Pflichten	223
		(2) Pflichten bei umgehenden	
		Werbeblockern	225
		swirkungen der DSM-Richtlinie	227
	f) Erg		228
3.		lfältigungsrecht	229
		vielfältigung	229
		ıranke des § 44a UrhG	230
	aa)	Anwendung auf rechtswidrig zugänglich	
		gemachte Quellen	231
		(1) Dreistufentest	232
		(2) Bisherige Stimmen zur Einordnung	
		rechtswidriger Quellen	235
		(3) Entscheidung	239
		(a) Bestehen eines subjektiven	
		Merkmals	239
		(b) Konkrete Ausgestaltung des	
		subiektiven Merkmals	242

		(c) Überprüfung mittels Dreistufentest	245
		(4) Sonstige Schutzobjekte	249
		(5) Ergebnis zur Behandlung des Abrufs	
		rechtswidriger Inhalte	250
		bb) Verhältnis zu § 95a UrhG	250
		cc) Anwendung auf Werbeblocker	253
		c) Schranke des § 53 Abs. 1 S. 1 UrhG	254
		d) Ergebnis zum Vervielfältigungsrecht	255
		Ergebnis Schutz der Werbeblockersperren	255
IV.		aßstäbe für die Übertragung der Wertung	256
	1.	Verhältnis zwischen Urheberrecht und	
		Lauterkeitsrecht	257
		a) Allgemein	257
		b) Ergänzender Leistungsschutz, § 4 Nr. 3 UWG	258
		c) Unmittelbarer Leistungsschutz, § 3 Abs. 1 UWG	259
		d) Gezielte Mitbewerberbehinderung, § 4 Nr. 4	
		UWG	260
		e) Das Allgemeininteresse an der	
		Funktionsfähigkeit des Internets	261
		aa) Rechtsprechung	261
		bb) Literatur	263
		cc) Beurteilung und Abgleich mit dem	
		Urheberrecht	264
		f) Ergebnis	266
		Europäische Implikationen	267
		Geltung für urheberrechtsfreie Inhalte	268
		Ergebnis	268
V.		nwendung der Wertung auf Werbeblocker	269
		Ausgangsüberlegung	269
	2.	Abgleich mit den in der Debatte genannten	
		Aspekten	270
		a) Durch das Urheberrecht abstrakt geregelte	
		Interessen	270
		b) Vom Urheberrecht konkret erfasste Aspekte	272
		aa) Bereits geregelte Interessen	272
		(1) Webseitenbetreiber	273
		(a) Pressefreiheit	273
		(b) Institutsgarantie der Presse	275
		(c) Berufsfreiheit	276
		(d) Meinungsfreiheit	2.77

(e) Grundrecht des Eigentums	278
(2) Nutzer	278
(a) Nichtkonfrontiertseinwollen mit	
Werbung	279
(b) Tracking	280
(c) Malvertising	281
(3) Werbetreibende und	
Werbeblockerbetreiber	282
(4) Zusammenfassung der betroffenen	
Interessen	282
(5) Erfassung durch das Urheberrecht	283
(6) Ergebnis	286
bb) Urheberrechtlich begründete Argumente	286
(1) Nichtvornahme der Sperren	287
(2) Unternehmerisches Risiko	288
(3) Kein "Deal"	289
(4) Unfähigkeit der Nutzer zur	
eigenständigen Blockade	289
(5) Zweck des Blocklistings	290
(a) Kommerzialisierung	290
(b) Allowlisting	291
cc) Ergebnis	291
c) Keine zusätzlichen, unlauterkeitsbegründenden	
Umstände	292
aa) Verdrängungsabsicht	292
bb) Unmittelbare Beeinträchtigung	294
(1) Keine unmittelbare Einwirkung auf das	
Produkt	295
(2) Dazwischentreten des Nutzers	296
cc) Berücksichtigung der Belästigung durch	
Internetwerbung	298
dd) Verschmelzen von Werbung und Inhalten	299
d) Ergebnis	299
VI. Ergebnis	301
D. Weitere Tatbestände des UWG	303
I. Allgemeine Marktbehinderung	303
II. Virtuelles Hausrecht	306
E. Ergebnis	307

3. T	eil: Rechtliche Beurteilung des Allowlistings	308
§ 5	Blocklisting zum Zwecke des Allowlistings	308
	A. Bestimmung der geschäftlichen Handlung	308
	B. §§ 8 Abs. 1, 3 Abs. 1, 4a Abs. 1 UWG	311
	I. Sonstiger Marktteilnehmer	311
	1. Angebot an die Werbetreibenden	312
	2. Angebot an die Webseitenbetreiber	313
	3. Ergebnis	313
	II. Anspruchsberechtigung nach § 8 Abs. 3 Nr. 1 UWG	313
	 Versuche der Modifikation der 	
	Anspruchsberechtigung	314
	a) Erweiterung der Anspruchsberechtigung	314
	b) Anwendung des engen Mitbewerberbegriffs	316
	c) Ergebnis	318
	2. Webseitenbetreiber als Mitbewerber –	
	Werbetreibende als Adressaten der geschäftlichen	
	Handlung	318
	3. Werbetreibende als Mitbewerber –	
	Webseitenbetreiber als Adressaten der	
	geschäftlichen Handlung	321
	4. Ergebnis	322
	III. Aggressive Handlung	322
	1. Vorüberlegung: Rechtmäßigkeit des Blocklistings	323
	2. Unzulässige Beeinflussung (§ 4a Abs. 1 S. 2 Nr. 3	
	UWG)	324
	a) Machtposition	325
	b) Druckausübung	328
	aa) Indiztatbestände des § 4a Abs. 2 UWG	328
	bb) Feststellung ohne Indiztatbestand	329
	c) Eignung zur Einschränkung der geschäftlichen	224
	Entscheidungsfähigkeit	334
	IV. Ergebnis	335
	C. Weitere Ansprüche	335
	D. Ergebnis	336
§ 6	Angebot einer Allowlisting-Vereinbarung	337
	A. Geschäftliche Handlung und Mitbewerberstellung	337
	B. §§ 8 Abs. 1, 3 Abs. 1, 4a UWG	338
	C. §§ 8 Abs. 1, 3 Abs. 1, 4 Nr. 4 UWG	339
	D. Ergebnis	340

§ 7	Fortführung des Allowlistings – Ersetzen der Werbung	340
	A. Urheberrechtliche Ansprüche	341
	B. Lauterkeitsrechtliche Ansprüche	342
	I. Mitbewerberstellung	342
	II. Gezielte Behinderung	343
	1. Verdrängungsabsicht	343
	a) Ad Injectoren	343
	b) Brave	343
	2. Unangemessene Beeinträchtigung	344
	a) Ad Injectoren	344
	b) Brave	347
	III. Allgemeine Marktstörung, § 3 Abs. 1 UWG	348
	IV. Aggressive geschäftliche Handlung	348
	C. Bürgerlich-rechtliche Ansprüche	349
	D. Ergebnis	349
4. T	eil: Alternativen der Webseitenbetreiber	350
§ 8	Aussperrung	350
	A. Ansprüche gegen die Werbeblockerbetreiber	351
	I. § 1004 Abs. 1 S. 2 BGB analog, § 823 Abs. 2 BGB	
	i. V. m. § 95a Abs. 3 UrhG	351
	1. Konkurrenzen	352
	a) Verhältnis zu § 69f Abs. 2. UrhG	352
	b) Verhältnis zum ZKDSG	353
	2. Technische Schutzmaßnahme im Sinne des § 95a	
	Abs. 2 UrhG	354
	a) Verhinderung oder Einschränkung von nicht	
	erlaubten Nutzungshandlungen	354
	aa) Vorliegen einer technischen Beschränkung	
	im Sinne des § 19a UrhG	355
	bb) Auswirkungen der Subjektivierung der	
	Schutzrechte	356
	cc) Einschränkung aufgrund des Schutzzwecks	
	des § 95a UrhG	359
	b) Wirksamkeit	360
	aa) Allgemeine Anforderungen	361
	bb) Verhältnis zum Begriff der Umgehung	367
	cc) In Bezug auf Werbeblockersperren	368
	dd) Verhältnismäßigkeit der technischen	
	Schutzmaßnahme	370

	3. Verbot nach § 95a Abs. 3 Nr. 2 und 3 UrhG	370
	4. Ergebnis	373
	II. §§ 8 Abs. 1, 3 Abs. 1, 4 Nr. 4 UWG	373
	 Geschäftliche Handlung und 	
	Mitbewerberverhältnis	374
	2. §§ 3 Abs. 1, 4 Nr. 4 UWG	374
	a) Einschlägige Fallgruppe	375
	b) Verhältnis zum Urheberrecht	377
	c) Anwendung auf urheberrechtsfreie Gegenstände	379
	d) Anwendung auf Werbeblocker	380
	3. Ergebnis	381
	B. Ansprüche gegen die Nutzer	381
	C. Schutz der Werbeblockerbetreiber	382
	D. Sonderfall Paywall	383
	E. Ergebnis	384
§9	Umgehung des Werbeblockers	384
	A. Methoden des Ausspielens umgehender Werbung	385
	B. Schutz der Nutzer vor Umgehung des Werbeblockers	386
	I. Haftung des Webseitenbetreibers für Verstöße gegen	
	das Datenschutzrecht	386
	II. Verstoß aufgrund der Umgehung des Werbeblockers	
	gegen das UWG	388
	1. § 7 Abs. 2 Nr. 1 UWG	388
	2. § 7 Abs. 1 S. 2, 1 UWG	389
	a) Bisherige Stimmen zur Umgehung	390
	b) Stellungnahme	391
	aa) Pflicht zur Erkennung	392
	bb) Pflicht zur Berücksichtigung	395
	c) Ergebnis	395
	3. § 7 Abs. 1 S. 1 UWG	395
	III. Ergebnis	396
	C. Schutz der Webseitenbetreiber	396
	I. Urheberrecht	396
	II. Lauterkeitsrecht	397
	D. Schutz der Werbeblockerbetreiber	397
	E. Ergebnis	397
§ 10	Hinweise und andere Eigenwerbung	398

§ 11 Vertragliche Verpflichtung zum Empfang der Werbung	402
A. Anforderungen an die Begründung der Verpflichtung	402
I. Grundannahmen	402
II. Vertragsschluss	403
III. Wirksame Verpflichtung zum Werbeempfang	406
1. Behandlung als allgemeine Geschäftsbedingungen	406
a) § 305c Abs. 1 BGB	407
b) Kontrollfähigkeit bei Ausräumen des	
Überraschungsmoments	409
c) Ergebnis	413
2. Anwendung der §§ 312 ff. BGB	413
a) Anwendbarkeit – § 312 Abs. 1 BGB	413
b) Pflichtinformationen und Widerrufsrecht	417
c) Anwendung der Button-Lösung	418
3. Ergebnis	418
B. Ansprüche gegen die Nutzer	419
I. Nichtempfang der Werbung	419
II. Umgehen des Vertragsschlusses	421
C. Ansprüche gegen die Werbeblockerbetreiber	421
I. Urheberrechtliche Ansprüche	422
II. Lauterkeitsrechtliche Ansprüche	422
D. Ergebnis	423
§ 12 Zusammenfassung zu den Handlungsalternativen	424
5. Teil: Ergebnisse und Fazit	426
§ 13 Ergebnisse	426
A. Ergebnisse zum 1. Teil § 1: tatsächliche Grundlagen	426
B. Ergebnisse zum 1. Teil § 2: rechtliche Problemstellung und	420
Gang der Untersuchung C. Ergebnisse zum 2. Teil § 3: Urheberrecht	428 428
•	430
D. Ergebnisse zum 2. Teil § 4: Lauterkeitsrecht E. Ergebnisse zum 3. Teil § 5: Blocklisting zum Zwecke des	430
Allowlistings	442
F. Ergebnisse zum 3. Teil § 6: Angebot einer Allowlisting-	444
Vereinbarung	445
G. Ergebnisse zum 3. Teil § 7: Fortführung des Allowlistings –	TT 3
Ersetzen der Werbung	445
H. Ergebnisse zum 4. Teil § 8: Aussperrung	445
I. Ergebnisse zum 4. Teil § 9: Umgehung des Werbeblockers	448

J. Ergebnisse zum 4. Teil § 10: Hinweise und andere		
Eigenwerbung	449	
K. Ergebnisse zum 4. Teil § 11: vertragliche Verpflichtung zum		
Empfang der Werbung	450	
L. Ergebnisse zum 4. Teil § 12: Zusammenfassung zu den		
Handlungsalternativen	451	
§ 14 Fazit	451	
Literaturverzeichnis		

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-8487-8224-6

a. E. am Ende

AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

AnwZert ITR AnwaltZertifikatOnline – IT-Recht

Art. 29 WP Art.-29-Datenschutzgruppe
BeckRS Beck-online Rechtsprechung

BT-Drucks. Bundestagsdrucksache

BVDW Bundesverband Digitale Wirtschaft

Computerprogramm-RL Richtlinie 2009/24/EG des Europäischen Parlaments und Rates vom 23. April 2009 über den Rechtsschutz von Com-

puterprogrammen (kodifizierte Fassung)

Cookie-RL Richtlinie 2009/136/EG des Europäischen Parlaments und

Rates vom 25. November 2009 zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, der Richtlinie 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation und der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit im Verbraucher-

schutz

COD ordentliches Gesetzgebungsverfahren nach Art. 294 AEUV

CSS Cascading Style Sheets

ders. derselbe

dies. dieselbe/dieselben

DInh-RL Richtlinie (EU) 2019/770 des Europäischen Parlaments und

Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler

Dienstleistungen

DS-GVO Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments

und Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie

95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)

DS-RL Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und Rates

vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien

Datenverkehr

DSK Datenschutzkonferenz der unabhängigen deutschen Daten-

schutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder

DSM-RL Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und

Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur

Änderung der Richtlinien 95/9/EG und 2001/29/EG

DSRITB Tagungsband Herbstakademie der Deutschen Stiftung für

Recht und Informatik

E-Commerce-RL Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und

Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt ("Richt-

linie über den elektronischen Geschäftsverkehr")

Einf. Einführung
Einl. Einleitung

Enforce-RL Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und

Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums, geändert durch Berichtigung der Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte

des geistigen Eigentums

ePrivacy-RL Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und

Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für

elektronische Kommunikation)

ePrivacy-VO-E Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parla-

ments und Rates über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG (Verordnung über Privatsphäre und elektroni-

sche Kommunikation)

GRC Charta der Grundrechte der Europäischen Union GRUR-RS Digitale Rechtsprechungssammlung der GRUR

HTTP Hypertext Transfer Protocol
IAB Interactive Advertising Bureau

InfoSoc-RL Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und

Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrech-

te in der Informationsgesellschaft

InTer Zeitschrift zum Innovations- und Technikrecht

jM juris – Die Monatszeitschrift jurisPR-ITR juris PraxisReport IT-Recht

jurisPR-WettbR juris PraxisReport Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht

MR-Int Medien und Recht International

NetzDG Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen

Netzwerken

ÖOGH Oberster Gerichtshof (Österreich)

OVK Online-Vermarkterkreis

par. Absatz

RechtsA Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

RegE Regierungsentwurf

rev. Revision

TKP Tausenderkontakterpreis

TMG Telemediengesetz
UAbs. Unterabsatz

UGP-RL Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und

Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über

unlautere Geschäftspraktiken)

UmsG Umsetzungsgesetz

UrhG-InfG Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in

der Informationsgesellschaft

VO Verordnung Vorbem. Vorbemerkung

VR-RL Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und

Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher, zur Abänderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 85/577/EWG des Rates und der Richtlinie 97/7/EG des

Europäischen Parlaments und des Rates

W3C World Wide Web Consortium

Warenkauf-RL Richtlinie (EU) 2019/771 des Europäischen Parlaments und

Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie 2009/22/EG sowie zur

Aufhebung der Richtlinie 1999/44/EG

WCT WIPO-Urheberrechtsvertrag

Werbe-RL Richtlinie 2006/114/EG des Europäischen Parlaments und

Rates vom 12. Dezember 2006 über irreführende und ver-

gleichende Werbung

WP Working Paper

WPPT WIPO-Vertrag über Darbietungen und Tonträger

ZGE Zeitschrift für geistiges Eigentum

ZKD-RL Richtlinie 98/84/EG des Europäischen Parlaments und Rates

vom 20. November 1998 über den rechtlichen Schutz von zugangskontrollierten Diensten und von Zugangskontroll-

diensten

ZKDSG Gesetz über den Schutz von zugangskontrollierten Diensten

und von Zugangskontrolldiensten

Im Übrigen wird auf *Böttcher*, *Eike*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, begründet von *Hildebert Kirchner*, 8. Aufl., Berlin, Boston, 2015 sowie *Duden, Konrad*, Die deutsche Rechtschreibung, 27. Aufl., Berlin, 2017 verwiesen.